

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 10. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 22. Mai 2013
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 20.50 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Rolf Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident (Abwesend)
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Michael Preisig, Volontär Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Hofmann, Maya Meisel, Stefan M. Tomek
Ines Weihrauch, Rechtsdienst (Ferien)

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Sozialhilfebehörde** anstelle des zurückgetretenen Stefan M. Tomek, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2016) Geschäft 4133
2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen** anstelle der zurückgetretenen Juliana Weber Killer, SP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4135

- 3.a) Bericht des Gemeinderates vom 06.02.2013, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 01.05.2013, betreffend **Dreifachkindergarten „Pestalozzi“ inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst (VHPD)**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4088 / A
- 3.b) Bericht des Gemeinderates vom 30.04.2013, betreffend **Dreifachkindergarten „Pestalozzi“ inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst (VHPD); Standortwechsel Provisorium (Kindergartenstrategie)**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4088B
4. Bericht des Gemeinderates vom 30.04.2013, betreffend **Grobkonzept Kostenrechnung**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3895C
5. Bericht des Gemeinderates vom 10.04.2013, betreffend **Volksinitiative zur Verminderung von Lichtverschmutzung in Allschwil (Lichtsmog)**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4113
6. Bericht des Gemeinderates vom 17.04.2013, betreffend **Neuer Konzessionsvertrag betreffend der Gasversorgung durch die IWB**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4134
7. Bericht des Gemeinderates vom 07.05.2013, betreffend **Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2013 – 2018**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4128
8. Postulat von Franz Vogt und Evelyne Roth, CVP-Fraktion, vom 23.01.2013, betreffend **Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil zum Bahnhof SBB**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4122
9. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 16.01.2013, betreffend **Armutsbericht**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4118

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 10 vom 22. Mai 2013

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Rolf Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Rolf Adam, Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung vom 22. Mai 2013. Ich begrüsse speziell unser neues Einwohnerratsmitglied in der SP-Fraktion, Claude Duperrex. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich komme kurz zu den Mitteilungen. Wie Sie bereits gesehen haben, habe ich die Einladung aufgelegt für den Einwohnerrats-Schlussabend. In den Unterlagen hat es eine Tabelle, wo man den Namen eintragen muss, auch die Begleitpersonen. Das ist ganz wichtig, dass sie sich mit der Anmeldung eintragen, mit Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Wohnort und die Nationalität. Das wird intern von der Flughafengrenzschutz geprüft. Was nach dem Einsendeabschluss hereinkommt, kann nicht mehr berücksichtigt werden. Dies zu Ihrer Information.

Wir müssen heute Abend mindestens bis zu Traktandum 6 kommen, das ist das Ziel für heute Abend.

Es liegen einige Vorstösse vor. Von der CVP-Fraktion gibt es ein Postulat in Sachen Veloweg, Oberwilerstrasse Langholz bis Allschwil Dorf. Mir liegt eine weitere dringliche Motion der GLP/BDP vor. Sie haben diese dringliche Motion bestimmt schon lesen können. Das Einwohnerratsbüro beantragt, die dringliche Motion der GLP/BDP-Fraktion, Geschäft 4142 nach Paragraph 14 Absatz 2 in Verbindung mit Paragraph 38 Absatz 3 GR ER OL als für unzulässig zu erklären. Ich erkläre kurz, weshalb: Da der Einwohnerrat dies bereits behandelt und abgeschlossen hat, gilt Paragraph 38, Motion: Motionen sind nicht zulässig zu Geschäften, die vom Einwohnerrat bereits durch eine andere Motion beim Gemeinderat abhängig gemacht worden sind. Es ist ein laufendes Verfahren, die nächste Stufe wäre die Volksabstimmung.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Ich äussere mich zu der Unzulässigkeitserklärung. Es geht um die Schulraumplanung insgesamt und nicht nur um das Schulhausprojekt. Dies geht aus der Motion hervor. Wir sind der Meinung, dass wir diese Motion überweisen sollten.

Rolf Adam, Präsident: Dies entscheidet am Schluss der Einwohnerrat. Das Ganze ist bereits in einem hängenden Verfahren und wir haben das im Einwohnerrat bereits besprochen.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Es steht hier: „...zu überarbeiten und das Projekt gegebenenfalls anzupassen“. Es geht also trotzdem um das neue Schulhaus.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Das Schulhaus ist ein Teil der gesamten Schulhausplanung, das ist klar. Der Vorstoss lautet, dass die aktuellen Einwohnerdaten in die Schulhausplanung einfließen sollen. Das ist das zentrale Anliegen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich denke, man kann diese Motion lesen, wie man möchte. Schlussendlich läuft es auf das Projekt "Unser neues Schulhaus" hinaus. Darum bin auch ich der Meinung, dass diese Motion unzulässig ist.

Rolf Adam, Präsident: Jede Motion, die eingereicht wird, wird auf ihre Zulässigkeit überprüft. Und hier wurde festgestellt, dass diese nicht korrekt ist. Sie können es auch selber in den Reglementen nachlesen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Dieses Geschäft, ein neues Schulhaus, drückt seit Jahren auf meine Schultern. Wir wissen, was der Gemeinderat plant und was die Entwicklung sagt. Ich persönlich hatte nicht viel Zeit, um dies zuhause zu lesen. Ich finde es schade, dass es so kurzfristig kommt. Bitte in Zukunft solche Sachen nicht erst an dem Tag eingeben, an der wir Einwohnerratssitzung haben. Ein Teil der Motion ist ein Dauerauftrag für den Gemeinderat, nämlich dass er immer schaut, was die Bevölkerung macht und wie es weiter geht. Auch ich schlucke dies jetzt, denn über den Raumbedarf des Projekts, wo die Entscheidung bei der Einwohnerschaft steht, gibt es keine Einflussmöglichkeit mehr. Man wird aber immer wieder hören, wie es mit unseren Kindern und entsprechend dem Raumbedarf weitergeht. Ich finde es ein bisschen frustrierend und enttäuschend, dies so kurz vor der Sitzung zu sehen. Bitte kommt schneller, danke.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Eine Sachfrage. Wenn der Passus "Unser neues Schulhaus" aus dieser Motion gestrichen wird, wie sieht es dann mit der Gültigkeit aus?

Rolf Adam, Präsident: Das reicht immer noch nicht.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Um das grad direkt zu beantworten: Wie ich vorhin gesagt habe, man kann es lesen, wie man will, es läuft klar auf das Projekt "Unser neues Schulhaus" hinaus. Wenn man diese beiden Worte "Projekt" und "Unser" streicht, dann ändert das nichts daran, dass diese Motion unzulässig ist.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe gehört, dass man etwas streichen könnte. Wenn ich hier streiche „und das Projekt uns gegebenenfalls entsprechend anzupassen“, dann ist es ein Dauerauftrag, den der Gemeinderat sowieso hat. Dann kann man sagen, dass der Gemeinderat dies schlucken und mitnehmen soll, denn das machen sie sowieso.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Wir sind einverstanden mit der Streichung der vier Wörter: „und das Projekt uns“. Es würde dann heissen: „Schulraumbedarf zu überarbeiten und gegebenenfalls entsprechend anzupassen“.

Rolf Adam, Präsident: Ist das ein Änderungsantrag?

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Es ist kein Änderungsantrag, wir reichen es nochmals ein mit dem geänderten Wortlaut.

Rolf Adam, Präsident: Herr Ulusoy, können Sie es kurz auf Ihrem Papier korrigieren und es mir vorlegen?

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: In diesem Fall könnte man aber auch aus dieser dringlichen Motion eine ganz gewöhnliche Motion machen.

Rolf Adam, Präsident: „Der Gemeinderat wird beauftragt, den Schulraumbedarf für die Primarschule aufgrund der aktuellsten Einwohnerratszahlen zu überarbeiten und gegebenenfalls entsprechend anzupassen. In den Schülerprognosen ist zu differenzieren nach effektiv geborenen Kindern und erwarteten Zuzüglern, dies bis mindestens zum Schuljahr 2018/2019. Zu berücksichtigen ist zudem, dass nicht alle Kinder eine öffentliche Schule besuchen, sondern teilweise auch private Angebote.“

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte kurz etwas sagen zur Dringlichkeit. Wir erachten diese als nach wie vor gegeben und zwar aus folgendem Grund. Wir werden heute und wahrscheinlich auch noch das nächste Mal über Kindergartenbauten diskutieren. Wir werden in Zukunft über weitere Kindergärten reden, und dafür brauchen wir eine verlässliche Zahlenbasis, um zu wissen, von was wir reden. Es ist sehr wohl sinnvoll, dass wir es bald behandeln.

Rolf Adam, Präsident: Dann müssten wir den Antrag noch mit den Kindergärten ergänzen, nebst den Primarschulen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat dies von sich aus macht. In der Begründung ist ja auch die Rede von den Kindergartenzahlen. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat dies im eigenen Interesse differenziert aufzeigt. Ich denke, es braucht hier keine weitere Verkomplizierung dieses Antrags.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über die Zulässigkeit des Antrags ab.

://:

Der Zulässigkeit haben Sie mit 14 Ja- und 23 Nein-Stimmen nicht zugestimmt.

Somit ist es nicht zulässig.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin etwas überrascht, denn ich gehe davon aus, dass wir in einem Rechtsstaat und in einer Demokratie leben. Ich möchte gerne wissen, weshalb die Motion für ungültig erklärt wird. Ob sie überwiesen wird oder nicht, das ist Sache des Einwohnerrates, da kann jeder abstimmen, wie er will. Aber ich hätte gerne schriftlich oder mündlich eine Erklärung, aufgrund welches Gesetzesparagrafen dies für ungültig erklärt wird.

Rolf Adam, Präsident: Ich habe es vorhin aufgelegt, ich zeige es nochmals. Sie dürfen gerne auch das Reglement lesen, dort drin ist dies klar deklariert. Wenn Sie wünschen, dann können wir Ihnen die Begründung auch schriftlich zukommen lassen.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig versendet. Gibt es Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Erstens liegt ein Änderungsantrag von unserer Fraktion vor, nämlich dass wir das Traktandum 3b streichen. Und es gibt einen Rückweisungsantrag von Roland Naef. Mindestens einer, wenn nicht beide, betreffen die Traktandenliste.

Rolf Adam, Präsident: Diese Anträge liegen mir vor, ich hätte sie erst erwähnt, wenn wir bei den Geschäften sind. Wir haben noch zwei Wahlgeschäfte davor. Es geht auch um die Eintretensdebatte nachher.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin auch der Meinung, dass wir die Traktandenliste vorgängig bereinigen müssen. Mindestens das von den Grünen und der EVP muss jetzt diskutiert werden. Beim anderen bin ich gleicher Meinung, das können wir beim Sachgeschäft besprechen. Aber das hier muss behandelt werden.

Rolf Adam, Präsident: Ich sehe den Antrag von Ihnen auf Verschiebung des Geschäfts 4088B. Das ist aber kombiniert mit dem 4088A, es müsste also das Komplette sein. Bei Ihnen tangiert es nur das B.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Ich glaube nicht, dass ich es bin, der den Abend heute kompliziert macht. Mir ist es wichtig, dass es traktandiert wird. Es sind zwei Geschäfte, es ist ein A und ein B. Aber es gibt zwei eigene Fragestellungen zu den Anträgen. Das A hat Anträge und das B hat Anträge. Bei A habe ich nicht viel einzuwenden, aber bei B schon. Uns geht es um das B.

Rolf Adam, Präsident: Ich habe Sie verstanden, aber es gibt noch andere Anträge zu diesem Geschäft.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Von mir aus können wir es auch nachher behandeln. Es ist für mich nicht schlüssig und nicht logisch, was wir jetzt machen, aber ich kann einfach okay dazu sagen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen Stefan M. Tomek, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2016), Geschäft 4133

Rolf Adam, Präsident: Ich bitte um Wahlvorschläge.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen Andrea Tanner zur Wahl vor. Der Einwohnerratspräsident hat die Unterlagen, er könnte sie auflegen. Kurz zu Frau Tanner, ich lese nicht den ganzen Lebenslauf vor. Wichtig ist, dass sie eine fachjuristische Ausbildung im Bereich Familienrecht gemacht hat. Sie wird am Zivilgericht Basel-Stadt als Volontärin zu 100% arbeiten. Mit diesem Hintergrundwissen und diesen Basiskenntnissen schlagen wir sie Ihnen für die Sozialhilfebehörde vor.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten?

:::

Das ist nicht Fall, somit ist Andrea Tanner gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen anstelle der zurückgetretenen Juliana Weber Killer, SP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4133

Rolf Adam, Präsident: Gibt es Wahlvorschläge?

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir schlagen unser neues Mitglied, Claude Duperrex, für die VPK als Ersatz vor.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Claude Duperrex in die Kommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3a

Bericht des Gemeinderates vom 06.02.2013, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 01.05.2013, betreffend Dreifachkindergarten „Pestalozzi“ inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst (VHPD)
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4088 / A

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich stelle zum Traktandum 3 einen Rückweisungsantrag. Es liegen schriftliche Anträge vor, ich habe meinen Antrag nicht schriftlich gemacht. Ich schreibe nicht gern, das haben Sie vielleicht bereits gemerkt. Ich gebe mir umso mehr Mühe, die drei Punkte, auf welche ich Rückweisung beantrage, Ihnen gut rüberzubringen. Wie ich hier bereits mehrmals erwähnt habe, haben wir für den Kindergarten in diesem Gebiet bereits ein fixfertiges Projekt in der Schublade, welches wir nur herausnehmen müssen. Kostenpunkt rund CHF 2'000'000, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, das Projekt stammt aus dem Jahr 2005. Jetzt möchten wir auf einer anderen Parzelle, nämlich auf dem Pestalozzi-Areal, wo bereits ein Doppelkindergarten besteht, einen Dreifachkindergarten bauen. Ich bin von diesen Zahlen, welche hier zugrunde liegen, dass wir anstelle des Doppelkindergartens einen Dreifachkindergarten haben müssen, nicht überzeugt. Ich möchte an dem geplanten Doppelkindergarten festhalten. Es gibt noch einen zweiten Grund. Der Doppelkindergarten ist auf der Baurechtsparzelle geplant, wo die Gemeinde Allschwil im Jahr 2005 einen Baurechtsvertrag gemacht hat. Wenn wir, vielleicht mit gutem Willen oder einer Umplatzierung des einen oder anderen Kindes in einen anderen Kindergarten, mit dem Doppelkindergarten leben können, dann hätten wir über CHF 1'000'000 gespart. Das Land beim Pestalozzi-Areal, wo der jetzige Kindergarten besteht, wäre frei. Wir könnten dies als Landreserve behalten, es ist das schönste Stück Land im Dorf. Ich weiss nicht, ob Sie wissen, wo das ist. Vorne an der Baslerstrasse wurde zwar vom Gemeinderat leider ein Stück im Baurecht abgegeben, somit wurde das ganze Areal schon ein bisschen zerstückelt. Jetzt wäre der Moment, den hinteren Teil als Reserve zu behalten. Nach uns kommen sicher Leute, welche auch noch Ideen haben. Der dritte Punkt ist der spannendste. Sie hier drin können das leider nicht wissen, ich weiss es, weil ich den Baurechtsvertrag im Januar 2005 selber mitunterzeichnet habe. Die Gemeinde Allschwil ist in diesem Baurechtsvertrag eine undingbare Verpflichtung eingegangen. Im Grundbuch ist das eingetragen als eine undingbare Verpflichtung, auf diesem erworbenen Areal den Doppelkindergarten zu erstellen. Ich weiss nicht, wie wir mit dieser Vorlage umgehen. Hat das der Gemeinderat nicht gelesen? Es steht nichts von dieser Verpflichtung in dieser Vorlage. Wir entrichten der Kirchgemeinde St. Peter und Paul einen Baurechtszins. Eine Kirchgemeinde St. Peter und Paul gibt es nicht, dieser Baurechtszins wird der römisch-katholischen Kirchgemeinde entrichtet. Bitte weisen Sie dieses Geschäft zurück und beauftragen Sie den Gemeinderat, die Kinderzahl, welche in diese Kindergärten gehen wird, genau zu überprüfen. So wie ich es gesagt habe, können wir diese vielleicht ein bisschen verteilen. Wie geht die Gemeindeverwaltung oder wie gehen wir mit dem Eintrag im Grundbuch um? Die finanziellen Kosten, der Doppelkindergarten kostet rund CHF 2'000'000 plus/minus - behaften Sie mich nicht -, und nicht CHF 3'900'000. Und wir hätten ein schönes Stück Baulandreserve mitten im Dorf. Ich bitte Sie um Rückweisung des Geschäfts im Sinne dieser drei Punkte. Ich entschuldige mich, dass ich es nicht schriftlich gemacht habe, ich hoffe, es ist trotzdem übergekommen.

Roland Naef, parteilos: Ich beantrage auch die Rückweisung der beiden Geschäfte, 4088/A und 4088/B, also die beiden Traktanden 3a und 3b. Ich habe eine sehr lange Abhandlung gemacht, manchmal hat man schlaflose Zeiten nachts, und dann kommt einem einiges in den Sinn. Die Abbildung in den alten

Unterlagen auf Seite 3, die Situation inklusive Baulinien, und auf Seite 12 und 13 – ich habe die Seiten selber nummeriert -, und der Situationsplan, das ist das kleine Bild auf Seite 11, sind schlicht nicht lesbar, und das finde ich eine Zumutung. Den Standort des Aussengeräteraumes kann man nur vermuten. So wie es hier aussieht, wäre er vermutlich auf einer Nachbarsparzelle. Im Erdgeschossplan fehlen zum Beispiel die Parzellengrenzen, welche normalerweise in einem Erdgeschossplan eingezeichnet sind. Zweitens hätte ich gerne in dieser Vorlage die Angaben, welcher Architekt oder Planer den Dreifachkindergarten mit Sozialpädagogischem Dienst geplant hat. Ich stelle fest, dass vermutlich sämtliche Kindergärten in der vergangenen Zeit vom Gleichen gemacht worden sind. Das würde nicht dem Submissionsreglement oder den öffentlichen Ausschreibungen entsprechen, dies müssten eigentlich ausgeschrieben werden.

Drittens wurden nach meinem Wissensstand die Nachbarn nicht miteinbezogen, und wenn doch, dann fehlen die Angaben dazu im Bericht. Viertens, das habe ich bei der letzten Sitzung bereits gesagt, als es auch um Kindergärten ging, sehe ich nirgends, dass man die Nutzerinnen auch miteinbezogen hat. Ich meine nach wie vor, obwohl vorher jemand gesagt hat, dass er die Unterkellerung nicht mehr hören möchte, dass man sich über eine Unterkellerung unterhalten sollte. Es geht um drei Kindergärten und den Vorschulheilpädagogischen Dienst, welche Raumbedarf haben. Da meine ich auch, dass es nie ernsthaft mit den Nutzerinnen geprüft wurde, welche Ansprüche effektiv da sind. Ich lese dazu vor allem nichts, und mich dünkt es, dass das Geschäft der Unterkellerung immer auf die Seite geschoben wird. Es gibt auch nie eine Alternative wie eine Teilunterkellerung. Die Kosten für das Provisorium von CHF 290'000 sind hier drin. Diese gehören meiner Meinung nach nicht in diesen Teil. Das Provisorium wird auch später gebraucht für andere Kindergärten, die saniert oder eventuell verschoben werden. Die Provisorien müssten also ein eigenes Geschäft sein. Siebtens, bei Punkt 4, Projektablauf und Termin, stelle ich fest, dass der Einwohnerrat, wenn es in letzter Zeit um Kindergärten geht, immer unter Zeitdruck gesetzt wird. Darum entsteht der Eindruck, dass wir mit diesem Druck am Schluss ein Geschäft einfach durchwinken möchten, ohne es wirklich zu hinterfragen.

Ich komme zum Geschäft 4088/B, Dreifachkindergarten Pestalozzi, die Kindergartenstrategie. Wie im Bericht erwähnt, stimmen die Ursprungszahlen von 2011 bereits heute nicht mehr und werden auch in Zukunft nie stimmen. Dass die Kinderzahlen schwankend sind, ist voraussehbar. Dass zukünftig mit Provisorien gearbeitet werden muss, freut mich, und an sich wäre das richtig. Aber ich möchte den Bericht trotzdem zurückweisen, weil mir bei allen Erwägungen und Zusicherungen die Flexibilität bei den Veränderungen in den Einzugsgebieten fehlt. Es darf nicht davon ausgegangen werden, wenn jetzt bei Neubausiedlungen viele Kleinkinder da sind, dass diese im Lauf der Jahre durch neue ersetzt werden. Meistens ist es so, wenn man Kindergartenkinder hat, diese ein paar Jahre später weg sind. Bei den Schülerzahlen wäre es interessant zu wissen, ob es sich um effektiv bereits in Allschwil wohnende Kinder handelt und wie gross die Wahrscheinlichkeit ist, dass die Kinder in Allschwil zur Schule gehen, Privatschulen und Expats. Bei den Entwicklungen der Schülerzahlen nach Einzugsgebiet finde ich es schade, dass in der Vorlage verschiedene Farben bei den Tabellen sind. Wenn zum Beispiel die EZG-Linie nicht die gleiche Farbe hat wie die Übersicht der EZG. Man muss dann immer hin- und her blättern oder alles auseinandernehmen. Es wäre interessant zu wissen, wie viele Kinder aus welchen Einzugsgebieten in den Tageskindergarten und später in die Tagesschule gehen. Oder weiss man, wie viele Kinder dieser Kinder jetzt bereits in den privaten Kindergärten oder bei dem von der Actelion sind? Zu den Kindergartenstandorten und zu der Entwicklung der Kinderzahlen vom Stand 16.4., wäre es für zukünftige Kindergartenvorlagen sinnvoller, die vergangenen Jahre wegzulassen und dafür jeweils eine Spalte mit den effektiven Kindern pro Kindergarten einzuführen. Zum Beispiel die Anzahl Kindergärten im Jahr 2013/2014, Pestalozzi, 2 Kindergärten. Mich würde interessieren, wie viele Kinder dort effektiv hingehen. Dies umso mehr als es im jetzigen Schuljahr offensichtlich Kindergärten gibt, wo nur circa 9 Kinder im Kindergarten sind. In der gleichen Tabelle fehlt für mich eine nachhaltige Strategie oder eine Kolonne mit dem jeweiligen Preisschild pro Kindergarten. Welche Kosten müssen wir in diesem Kindergarten in Zukunft erwarten und dann genau gleich das Total wie bei dem Total Schülerzahlen. So wissen wir endlich einmal, wie viel uns die ganze Kindergartenbauerei kostet. Allfällig könnte man bei 3.1 dem Provisorium auf den Wegmatten zustimmen. Auch beim Provisorium bei den Wegmatten fehlt mir die Vision, wie wir die Kinder in de Wegmatten kriegen und woher sie kommen. Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Es darf nicht sein, dass der Zeitdruck dazu führt, dass wir CHF 4'000'000 durchwinken.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich rede als VPK-Mitglied. Ich muss ehrlich sagen, dass ich über das Votum von Herrn Kneier baff bin. Wir haben hier Kommissionen und Mitglieder. Wir hatten viele Rochaden und es sind nicht mehr viele Leute hier, welche im 2005 hier drin sassen, als es um diesen Vertrag ging. Wieso gehen die Gemeinderäten und Gemeindeangestellten mit der VPK nicht ehrlich um und haben den Vertrag hingelegt und gesagt, dass sie bereits etwas haben? Dann hätten wir das dort bereits besprechen können. Ich finde, wir wurden von den Gemeinderäten und den zuständigen Abteilungsleitern über den Tisch gezogen. Dies gehört offen auf den Tisch, wenn ein so detaillierter Plan

vorliegt mit sogar unumgänglichen Rückzugsgeschichten, dann gehört das auf den Tisch. Ich finde es absolut nicht zulässig, dass wir in einer Kommission so etwas verschweigt. Ich werde beide Anträge auf Rückweisung klar unterstützen. So müssen wir uns von dieser Seite nicht behandeln lassen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Darf ich dazu grad schnell eine Antwort geben? Ich möchte niemanden in Schutz nehmen, aber ich habe das, was Kurt Kneier sagt, hier drin auch schon gehört.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte ein paar Worte zu den Rückweisungsanträgen von Kurt Kneier und von Roland Naef sagen. Bei Roland Naef werde ich nur zum 4088A etwas sagen, 4088B ist ja dann ein neues Geschäft.

Kurt Kneier hat gesagt, dass es ein fertiges Projekt gibt, welches in der Schublade liegt und welches wir nur hervorheben müssen und CHF 2'000'000 kostet. Das ist richtig, die Gemeinde Allschwil hat im 2005 ein Projekt geplant, hat dieses aber wieder verworfen. Das kann man nachlesen im Einwohnerratsprotokoll vom 14. Dezember 2006 und 20. Dezember 2006. Dort haben die damaligen Gemeinderäte Geigy und Meury ausführlich Antwort gegeben auf ein Budgetpostulat, dass man den Pestalozzi-Kindergarten sein lässt und dass man einen neuen Doppelkindergarten auf dem Areal Bruckerhaus lanciert. Damals hat der Einwohnerrat mit sehr grossem Mehr diesem Antrag nicht stattgegeben. Das heisst, dieses Projekt wurde mehr oder weniger beerdigt hier drin vom Einwohnerrat im Jahr 2006. Damals waren die Kindergartenzahlen stetig am Sinken. Der Gemeinderat sah keinen Anlass neue Kindergärten zu bauen. Beim zweiten Kindergarten auf dem Pestalozzi-Areal war der Vorschulheilpädagogische Dienst einquartiert. Somit wurde dort eine Kindergartenabteilung geführt, zeitweise waren es zwei, augenblicklich wird dort eine Abteilung geführt. Kurt Kneier hat gesagt, dass es dort einen Baurechtsvertrag gibt. Wenn man dies umsetzen würde, dann könnte man gegenüber dem jetzigen vorliegenden Projekt rund CHF 1'000'000 einsparen. Das stimmt so nicht ganz. Wir haben mehrfach unsere Kindergartenstandort-Strategie und unsere Kindergartenstrategie hier drin präsentiert. Wir haben dies gestützt auf die Prognose des Büros Wüest & Partner, welches uns grossen Zuwachs an Kinder versprochen haben damals, das war 2010, als sie diese Prognose gemacht haben. Man kann heute sagen, auch wenn es einen kleinen Knick bei diesem Anstieg der Kinderzahlen gibt, dass es nach wie vor in einem Bereich ist, wo diese Prognose und die dazugehörige Strategie noch nicht falsch ist. Ich weiss nicht, wie man die CHF 1'000'000 einsparen möchte. Wir haben Ihnen dargelegt im Geschäft 4088B, ich komme bei den Beilagen dazu, wie viele Kindergartenabteilungen es braucht. Wir haben im 2011, als wir Ihnen hier drin die Gesamtstrategie präsentiert haben, gesagt, dass es mindestens 19 Kindergartenabteilungen braucht. Im Augenblick reden wir von 22 Kindergartenabteilungen, und es reicht grad. Wir sparen mit diesem Projekt und mit diesem Provisorium den Bau eines ganzen Kindergartens ein am Schulgässlein, darauf komme ich nachher zurück. Ich bin nicht ganz sicher, wenn wir das heute Abend tatsächlich zurückweisen, ob wir dann viel Geld sparen werden. Wir müssten uns dann überlegen, wie wir die Kinder anderweitig unterbringen. Dies würde an sehr komplizierten Orten weitere Bauten erfordern. Der Gemeinderat ist darum bestrebt, wirtschaftlich mit dem Geld umzugehen, und dies nur dort einzusetzen, wo es unbedingt notwendig ist.

Ich komme zum dritten Argument von Kurt Kneier. Selbstverständlich kennt der Gemeinderat die Verträge, welche er unterschreibt. Simon Zimmermann, wir haben nichts verschwiegen. Das ist eine öffentliche Urkunde, wo wir die Bestellung eines Baurechts angefordert haben. Dies wurde so unterschrieben, das ist richtig. Kurt Kneier hat dies damals unterschrieben für die römisch-katholische Kirche. Auf der Seite der Gemeindeverwaltung hat dies Toni Lauber und damals vermutlich Max Kamber unterschrieben. Dort drin steht, dass die Gemeinde einen Doppelkindergarten auf dem Areal Bruckerhaus erstellen muss, aber es steht nicht, wann. Der Baurechtsvertrag läuft bis 2055. Wir haben eine Schulraumstrategie entwickelt, welche auf die Prognose bis 2035 gestützt ist. Wir wissen nicht, wohin die Reise nachher gehen wird. Aber wir dürfen heute sagen, dass wir dort damals im 2005 eine strategische Landsicherung vorgenommen, mit der Absicht damals etwas darauf zu bauen. Die Absicht ist inzwischen verloren gegangen, sie wurde auf Eis gelegt über längere Zeit, und es ist nicht so, dass wir hier einer Verpflichtung nicht nachkommen möchten. Im Augenblick haben wir keinen Bedarf, um dort im Augenblick, bis circa 2020, ein Gebäude, welches dem entspricht, was man dort abgemacht hat, zu erstellen. Zeitlich steht nichts in diesem Vertrag. Wir haben bis 2055 das Baurecht, mit der Verpflichtung dort etwas zu bauen. Vielleicht müsste man noch sagen, was der Grund damals war. Die römisch-katholische Kirche weiss, dass nebenan nur öffentliche Werke möglich sind. Man kann nicht einfach einen Wohnblock oder sonst irgendetwas hinstellen, dafür ist die Parzelle auch zu klein. Man kann kein Sonderbaurecht geben, sondern es muss bei einer öffentlichen Nutzung bleiben auf diesem Areal. Ich komme zum Rückweisungsantrag von Roland Naef. Grund 1, welchen er nennt, sind die Situationspläne inklusive die Baulinien. Ich glaube nicht, dass die Baulinien für einen Einwohnerratsbeschluss massgebend sind. Hier muss sich der Einwohnerrat auf Aussagen verlassen können, welche in der VPK gemacht wurden. Die VPK-Mitglieder sind von jeder Fraktion. Da kann sich

der Einwohnerrat in erster Linie auf seine Kolleginnen und Kollegen verlassen, welche in der VPK sind, und er kann sich auch auf den Gemeinderat verlassen, dass er nichts plant, was gesetzeswidrig oder nicht bewilligungsmöglich ist. Die Angaben über die Architekten und die Planer fehlen, sagt Roland Naef. Das ist richtig, ich kann das nachliefern. Das ist das Büro Glaser, Saxer, Keller. Das Büro hat uns bis jetzt sehr gut bedient, indem sie eine Architektursprache gefunden hat, von welcher wir das Gefühl haben, dass sie uns entspricht. Es ist eine einfache Form, es ist weder ein Palast noch irgendein Luxus. Es ist eine einfache Form eines Kindergartens mit einem gewissen Wiedererkennungseffekt. Wir betrachten es als drei einzelne Projekte. Die Planung des Kindergartens Ziegelei hat der Einwohnerrat beschlossen vor einem Jahr im Juni, mit einem Planungskredit. Die anderen beiden wurden in der gemeinderätlichen Kompetenz so entschieden, dass es der gleiche macht. Das Submissionsgesetz wurde bei weitem nicht tangiert. Wir dürfen bei den Planungen, und das weiss Roland Naef auch, pro Projekt bis zu CHF 150'000 frei vergeben. Die Planungen haben einen Bruchteil von diesen CHF 250'000 ausgemacht.

Die Nachbarschaft sei vom Gemeinderat nicht genügend mit einbezogen worden, ist das dritte Argument. Das ist richtig, die Nachbarschaft wurde nur insofern einbezogen, indem mit der Frau, welche das Baurecht auf der abgetrennten Parzelle vorne an der Baslerstrasse hat, dies besprochen wurde. Man hat ihr gesagt, dass dort hinten ein Dreifachkindergarten hinkommt. Insofern wurde dies von ihr akzeptiert. Die Nutzerinnen wurden im Projekt selbstverständlich miteinbezogen, so wie sie bei jedem Kindergarten einbezogen wurden. Wir haben eine Baukommission beim Kindergarten Ziegelei Brennerstrasse einberufen. Da waren zwei Kindergärtnerinnen mit dabei, welche sich stufengerecht und rechtzeitig dazu äussern konnten, wie dieser Kindergarten im Detail aussehen wird. So werden wir es auch bei den anderen beiden Kindergärten, Spitzwaldstrasse, und hier beim Pestalozzi, machen. Die Kindergärtnerinnen, die Nutzerinnen, werden stufengerecht mit einbezogen. Die Schulleitung hat den Auftrag an Hochbau und Raumplanung gegeben, damit war die Schulleitung Kindergarten und Primarschule absolut im Bild. Das sind für uns die Ansprechpartnerinnen, wenn es darum geht, ein solches Projekt zu verwirklichen.

Für die Unterkellerung muss ich dem Einwohnerrat das Wort überlassen. Die VPK ist mit 5 zu 2 Stimmen der Meinung, dass eine Unterkellerung bei diesem Projekt nicht notwendig ist. Selbstverständlich kann der Einwohnerrat heute Abend über diesen Punkt befinden. Die Zahlen wurden transparent ausgewiesen. Wenn der Einwohnerrat diese CHF 473'000 sprechen möchte, dann liegt das selbstverständlich in der Kompetenz des Einwohnerrates.

Punkt 6, Kosten für das Provisorium. Hier haben wir Transparenz. Es sind unabdingbare mit dem Projekt verbundene Kosten, somit sind die CHF 290'000 für das Provisorium für zwei Abteilungen, mehr braucht es nicht während der Provisoriumszeit. Einzig und allein aus Transparenzgründen kommen wir mit dem B-Projekt heute Abend. Der Einwohnerrat muss das Geld sprechen und sagen, dass es die richtige Stossrichtung ist. Aus Gründen der Transparenz haben wir Ihnen heute Abend eine zweite Vorlage präsentiert. Diese war nicht in der VPK, es geht dort einzig und allein um den Standort des Provisoriums. Das ist absolut kostenneutral.

Der letzte Punkt, Projektablauf und Termine. Ich möchte sagen, dass wir nicht unter Zeitdruck sind. Wir haben die ersten diesbezüglichen Vorlagen dem Einwohnerrat am 30. März 2011 gezeigt. Das war die damalige Kindergarten- und Standortstrategie. In diesen beiden Papieren findet man alles, was zum heutigen glücklicherweise fast letzten grossen Kindergartenprojekt führt. Es werden keine weiteren grossen Projekte folgen. Es gibt noch eine Sanierung des Kindergartens Schlappenmatten, diese wird ordentlich budgetiert. Da werden Sie sich in der Budgetdebatte im Dezember genügend dazu äussern können. Alles andere wurde gesagt, wir bauen einen Dreifachkindergarten, einen Doppel-Tageskindergarten und einen Einfachkindergarten, mehr ist es nicht. Wir haben keinen Zeitdruck. Wir waren der Meinung, dass wir die beiden Geschäfte voneinander trennen und ein halbes Jahr gegen hinten verschieben. So müssen wir nicht mit einer geballten Ladung von Kindergärten kommen, wo es auch zu Verwechslungen kommen kann, und Sie können in aller Ruhe darüber befinden. Die VPK hat bereits im April ihren Bericht erstellt. Wir hatten die Sitzung im April, wo die VPK den Anträgen des Gemeinderates folgen konnte. Ich meine es war am 19. April, und am 04. Mai wurde der Bericht der VPK ans Büro eingereicht. Somit sehe ich nicht, dass der Einwohnerrat unter Druck etwas durchwinken muss. Ich hoffe auch nicht, dass der Einwohnerrat etwas durchwinkt, sondern dass er sich mit der Materie auseinandersetzt, so wie das beispielhaft in der VPK passiert ist. So kann sich dies heute Abend auf einer ähnlichen Ebene abspielen, so wünsche ich mir das zumindest. Soviel meine Ausführungen zu den beiden Rückweisungsanträgen. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates den Rückweisungsanträgen nicht zuzustimmen. Es wäre verheerend und katastrophal, wenn wir am 22. September nicht über die Kreditvorlage abstimmen können, weil uns dann die nötigen Plätze fehlen, um die Kinder ordnungsgemäss in einem Kindergarten zu unterrichten.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte an dieser Stelle meine persönliche Meinung kundtun. Ich möchte zuerst auf den Rückweisungsantrag von Kurt Kneier eingehen. Ich stimme Herrn Vogt zu. Als es um die Kindergärten ging, hat Kurt Kneier dies hier drin im Plenum gesagt, da war die Mehrheit von uns

bereits im Einwohnerrat. Wenn man einen Doppelkindergarten hinter dem Bruckerhaus baut, dann stellt man diesen in den Garten des Tagis. Ich sehe dort den Platz nicht für den Aussenraum für einen Doppelkindergarten und für das Tagi. Man hat dort schlicht zu wenig Platz. Kurt Kneier fand, dass dort, wo jetzt der Pestalozzi-Kindergarten sei, er dies gerne als Baulandreserve hätte, wo irgendwann einmal Wohnhäuser gebaut werden. Als Anwohnerin und im Gespräch mit Nachbarn, kann ich sagen, dass wir diesen Kindergarten gerne dort haben. Es ist eine grüne Oase und wir haben dort lieber den Kindergarten, so wie er jetzt projektiert ist, anstelle in 10 Jahren Wohnhäuser.

Beim Rückweisungsantrag von Herrn Naef gibt es mehrere Gründe, welche ich auch unterstütze. Ich habe mich auch geärgert, dass diese Pläne nicht lesbar sind, weil sie unscharf sind. Vor allem beim ganz kleinen Mini-Übersichtsplan fehlen die Grundstücksgrenzen, welche mein Grundstück zum Grundstück des Kindergartens abgrenzen. Es sieht jetzt so aus, als wäre mein ganzer Garten die Aussenfläche für die Kinder, was nicht der Fall sein wird. Ich bin jemand, der dies visuell anschaut, und sich dies mit Quadratmeterzahlen nicht vorstellen kann. Ich kann mir so kein Bild davon machen, wie gross das Gebäude sein wird, wie stark es in das Grundstück reinkommt. Ich wünsche mir, dass wir Pläne haben, wo man dies sehen kann, bevor man darüber befindet.

Ich spreche auch noch zum Rückweisungsantrag 3b. Bei den Kinderzahlen ist mir aufgefallen, dass es bereits nach zwei Jahren eine riesige Schwankung drin hat von 60 Kindern, das sind drei Kindergartenklassen. Dass es Schwankungen gibt, ist klar, aber diese Grössenordnung sollte man bei Wüest&Partner nachfragen, weshalb dies jetzt bereits so ist. Ich frage mich, wie es in zwei Jahren ist, wenn die Prognosen vierjährig sind. Aus diesen Gründen werde ich den Rückweisungsantrag von Herrn Naef unterstützen. Ich bin der Meinung, dass wir diese Punkte bis zur nächsten Einwohnerratssitzung abklären können, damit wir es im Juni behandeln können. Dann braucht es keine Verschiebung der Volksabstimmung.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird dem Antrag von Roland Naef und dem Antrag von Kurt Kneier zustimmen. Meine Vorredner haben bereits genug gesagt. Ich möchte nochmals an die Einwohnerräte eine Frage stellen. Wer von Ihnen als Einwohnerrat kann mit gutem Gewissen auf einer Vorlage mit solchen Plänen, wie sie sich hier drin befinden, in dieser Ungenauigkeit, klein und unleserlich, CHF 4'000'000 sprechen? Diese Frage soll sich hier jeder selber beantworten.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Jürg Vogt und Kathrin Gürtler, es sind viele hier drin, welche 2006 noch nicht hier drin sassen. Bei den letzten Erneuerungswahlen gab es eine grosse Rochade. Es sind noch ein paar wenige, welche zu den langjährigen Mitgliedern gehören. Ich kann in der VPK nicht alle Dossiers, welche in den letzten Jahren beschlossen wurden, durchlesen. So ein wichtiges Detail, wie es hier gesagt wurde, hätte man wenigstens in der VPK ansprechen und offen legen können. Ich erwarte vom Gemeinderat in jeder Hinsicht Transparenz, vor allem wenn es um so viel Geld geht. Wenn es fast 50% ausmacht, dann würde ich eher der Version von Kurt Kneier zustimmen. Wir reden dort von CHF 2'000'000 und hier sprechen wir von CHF 4'000'000, also fast 50% mehr. Ich erwarte zukünftig, dass solche Details in Kommissionen klar dargestellt werden. Man muss sagen, dass es das gibt und dass es aus irgendwelchen Gründen nicht gemacht wurde. Die Kommunikation muss besser geführt werden, das habe ich schon mehrfach gesagt. Kommunikation ist das A und O. Man hätte heute Abend viel vermeiden können. Ich bin klar für die Rückweisung, alleine damit man lernt Kommunikation mit den Hintergründen zu führen, und nicht sagen, was jetzt ist, und das andere auf die Seite schieben. Danke Kurt Kneier, dass du das aufgelegt hast. Ich fühle mich wirklich an der Nase herumgeführt.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich muss ein paar Sachen richtig stellen, auch wenn gewisse Leute auf die Uhr schauen. Christoph Morat, wir verstehen uns selten auf den ersten Anhieb, aber wir arbeiten daran. Die Einsparungen, welche du sagst, welche keine Millionen sind, habe ich einfach gerechnet. CHF 4'000'000, das Projekt von heute Abend, und circa CHF 2'000'000, das Projekt, welches ich in Erinnerung habe. Ich möchte klar sagen, dass ich von circa CHF 2'000'000 gesprochen habe, und nicht CHF 2'000'000. Nicht dass es irgendwann einmal heisst, ich hätte gesagt, dass es für CHF 2'000'000 gebaut werden kann. Damit können wir etwas einsparen, von CHF 4'000'000 auf CHF 2'000'000. Christoph Morat hat zweitens gesagt, dass mit dem Budget 2006 der Einwohnerrat dies abgelehnt hat mit einem Budgetpostulat. Ich habe dieses Budgetpostulat nicht im Gedächtnis. Ich weiss nur, dass es irgendwann einmal ein Budgetpostulat gab, CHF 100'000, Sanierung beim bestehenden Doppelkindergarten, weil er in einem desolaten Zustand war. Das hat der Einwohnerrat abgelehnt. Und ich habe verstanden, dass du es so gesagt hast, dass wir das Projekt abgelehnt haben. Was Christoph Morat gesagt hat zu 2006, da ging es meiner Meinung nach um eine Renovation des Doppelkindergartens. Christoph Morat, hast du den Baurechtsvertrag hier? Gut, dann lies bitte unter Punkt 2.1.2, Inhalt des Baurechts, wo dinglich steht, nämlich dass wir dies bauen müssen. Und unter

„Obligatorisch“ - du hast gesagt, dass wir nicht unter Zeitdruck sind - bitte lies, was dort steht, dort steht „unverzüglich“.

Christoph Morat, Gemeinderat: Kurt, das ist richtig, manchmal braucht es einen zweiten Anlauf. Ich habe mich selbstverständlich vorbereitet und habe das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 14. Dezember hier vorne. Dort gab es zwei Budgetpostulate, das eine ist die Streichung von CHF 100'000 Kindergarten Pestalozzi, und dass man auf der anderen Seite CHF 1'000'000 aufnimmt für den Kindergarten Pestalozzi beim Buckerhaus. Das Budgetpostulat wurde mit 22 zu 10 Stimmen abgelehnt. Das Budgetpostulat für CHF 100'000 wurde zurückgezogen. Und die Streichung von Josua Studer, er hat auch noch etwas dazu gesagt, wurde von ihm selber zurückgezogen. Der Einwohnerrat hat sich in der Budgetdebatte klar gegen den Bau eines Kindergartens ausgesprochen, indem er dieses Budgetpostulat abgelehnt hat. Selbstverständlich ist mir dieser Passus „obligatorisch“ bekannt. Obligatorisch heisst hier nur, dass es gebaut werden muss. Zum Wort „unverzüglich“: Der Vertrag wurde im 2005 unterschrieben, also hätten wir ja dann im Jahr 2006 mit dem Bau anfangen sollen. Das hat damals der Einwohnerrat klar verworfen. Die Zeit ist verstrichen und wir haben keinen Kindergarten an diesem Ort gebraucht. Jetzt benötigen wir einen grösseren Kindergarten. Es ist selbstverständlich, dass wir versuchen Synergien zu nutzen und möglichst nur an einem Ort zu bauen. Insofern ist dies vielleicht eine unglückliche Formulierung, denn man hätte sonst ja schon lange dort bauen müssen. Wir sind davon überzeugt, dass es heutzutage erstens zu wenig Platz hat auf dieser Parzelle für das, was wir brauchen. Wir brauchen 3,5 Abteilungen, das haben wir genügend dargelegt mit unseren Strategien. Die Kinder sind bereits hier und sie leben in den jeweiligen Einzugsgebieten. Es wäre falsch, wenn wir heute Abend auf diesen Baurechtsvertrag pochen und sagen, dass es jetzt so umgesetzt werden muss, wenn es sieben Jahre lang nicht umgesetzt werden musste. Im Übrigen hat die römisch-katholische Kirche, welche diesen Vertrag mit uns unterschrieben hat, sich nicht bei uns gemeldet und reklamiert, dass hier noch ein Vertrag besteht. Das möchte ich am Rande auch noch erwähnen. Der Vertragspartner wurde bis jetzt bei uns diesbezüglich nicht vorstellig. Es könnte sein, dass die römisch-katholische Kirche andere Pläne mit diesem Grundstück hat.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Mir ist es wichtig, dass wir sachlich bleiben und nicht Sachen zerpfücken, welche gar nicht falsch sind. Ich habe genug, wo ich den Finger drauf halten möchte. Zum Druck möchte ich etwas sagen. Christoph Morat, du hast gesagt, dass es keinen Druck gibt hier. Ich denke, dass die Gemeindeverwaltung viel zu tun hat mit dem neuen Schulhaus. Daneben musste sie noch den Kindergarten planen, die haben sicher viel zu tun. Du hast auch gesagt, dass wir im September unbedingt darüber abstimmen müssen, einen gewissen Druck spüre ich hier schon, und das finde ich nicht druckfrei.

Der Gemeinderat ist kein Hellsehergremium und er sieht die ungeborenen und die noch nicht gezeugten Kinder nicht. Sie können nur schauen, wo Kinder auf die Welt kommen und wo Kinder zuziehen, die können gezählt werden. Die Planung, welche der Gemeinderat macht, ist gut. Diese wird überprüft und angepasst. Dort wird das mögliche gemacht, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Der Aspekt, welcher heute dazukam, nämlich die Expats, welche ihre Kinder in englischsprachige Kindergärten und Schulen geben möchten, ist wichtig.

Schön finde ich, dass heute Abend immer wieder gesagt wird, dass wir nicht einfach irgendwo etwas bauen, weil das Stück Land später vielleicht noch gebraucht wird für etwas anderes, das möchte ich schon die ganze Zeit beim neuen Schulhaus sagen. Darum bin ich nicht parat, die drei Parzellen zu verkaufen, weil es noch Leute nach uns gibt. Das letzte Mal als ich dies gesagt habe, hat sich Toni umgedreht und mich verständnislos angeschaut. Leider ist er nicht da, ich hätte es auch dann gesagt. Es ist schön, dass da noch andere Meinungen existieren, nämlich dass noch Land gebraucht wird.

Zu 3b: Ich kann verstehen, dass man aus pragmatischen Überlegungen sagt, dass man ein Provisorium für einen Kindergarten mitten ins Dorf stellt, auf der Grenze zwischen erstem und anderen Einzugsgebieten. Ich finde das einen Pragmatikerentscheid, welcher nicht viel zu tun hat mit Pädagogik, Kinder, Schule und Sicherheit, und auch nicht mit Gedanken an den Elterntaxidienst und zusätzlichen Erschwernissen beim Kreisel. Ich würde am Standort Bruckerhaus festhalten, selbst wenn wir die gleichen Container nochmals nehmen müssen und irgendwo hinstellen. Ich finde die Wegmatten nicht günstig. Ich habe schon Telefonate vom Rosenberg erhalten. Es ist nicht nur der Lindenplatz, der Angst hat, bis zur Wegmatten gehen zu müssen. Es sind auch Leute vom Rosenberg, welche den Grabenring sehen und gar keine Freude daran haben. Wenn sie das gewusst hätten, dann hätten sie ihre Kinder beim Langhagweg einteilen lassen, hinter dem Coop.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Jetzt frage ich die Einwohnerräte: Für was machen wir Strategien? Wir haben diese Strategie letztes Jahr erhalten. Kaum jemand hat danach gerufen, es gab niemals diese Diskussion

wie jetzt. Im letzten Moment kommen hier Rückweisungsanträge. Diese hätten wir auch eine Woche vorher haben und besprechen können. Wir sprechen jetzt die längste Zeit wegen dieser Rückweisung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Es geht heute Abend nicht um die VPK. Wir sprechen sehr oft von Zeitdruck, die einen haben ihn und die anderen nicht. Ich glaube, Rolf Adam hat Zeitdruck. Er möchte nämlich bis Punkt 6 heute kommen, und ich hoffe es wird vor 23.00 Uhr sein. Zeitdruck für das Geschäft: Wir haben im Juni eine Doppelsitzung. Es tut mir leid, aber ich weiss nicht mehr, auf was Kurt hingewiesen hat betreffend die Verpflichtung des Baukredits. Auch mein Gedächtnis wird älter, ich wusste nicht mehr, was da gelaufen ist. Und ich wusste nichts von dem Baurecht. Es heisst, dass wir dieses bis 2055 haben und dort etwas machen sollten. Wenn wir bis 2030 nichts machen, machen wir dann nachher noch etwas? Oder was passiert, wenn wir nichts machen? Diese Frage wurde noch nicht geklärt. Haben wir finanzielle oder andere Konsequenzen gegenüber der anderen Partei? Ich habe wirklich keine Ahnung davon.

Christoph Morat, Gemeinderat: So wie ich deine Frage verstehe, geht es darum, ob wir finanzielle Verpflichtungen haben. Der Gemeinderat orientiert sich in erster Linie an den Aufgaben und an den gesetzlichen Auflagen. Wir müssen genug Schulraum anbieten, ab Kindergarten. Der erste Kindergarten wird mit Harnos auch obligatorisch. Wir müssen genügend Schulraum und Kindergartenraum anbieten. Wir sehen dies als strategische Reserve, darum haben wir bis jetzt dort nichts geplant. Es kann auch sein, dass wir dort ein Tagesheim vergrössern müssen, das liegt im Bereich des Möglichen. Wenn wir dort jetzt etwas planen oder machen möchten, damit etwas gemacht ist, und dies nicht unsere Bedürfnisse abbildet mit dem Dreifachkindergarten und dem Vorschulheilpädagogischen Dienst, dann ist das Land weg. Der Kindergarten Pestalozzi ist auch nicht mehr in einem taufischen Zustand, um dies positiv auszudrücken. Das ist eine sogenannte Durisol-Hütte aus den 70er-Jahren, anfangs 80er-Jahre. Da sind zum Teil auch noch gewisse Schadstoffe drin, welche zwar gebunden und keine unmittelbare Gefahr sind. Aber man sollte dies langsam beheben, damit Kinder in einwandfreien Räumlichkeiten, welche den heutigen Angaben entsprechen, sein können. Wir haben nichts vor dort bis 2030, auf dem Hinterland Bruckerhaus. Es ist so, dass es für das jetzige Bedürfnis, welches wir jetzt haben und abdecken müssen, zu klein ist. Ich weiss nicht, ob das CHF 2'000'000 kostet, was wir dort bauen müssten. Das ist eine Zahl, welche ich so gehört habe. Ich bin nicht sicher, ob diese Zahl stimmt. Ich weiss nicht, woher ihr diese Zahlen habt. Wir haben dort nichts angepasst auf die heutigen Bedürfnisse, wir hatten ein ganz anderes Projekt. Das stimmt nicht, dass man es einfach nur aus der Schublade ziehen und zaubern kann. Das braucht eine ausserordentliche genaue Planung und da fangen wir wieder bei 0 an.

Ich wollte vorhin noch eine Antwort geben an Roland Naef betreffend den Schülerzahlen. Es ist nicht so wahnsinnig gross, was sich in den Kindergärten, den Privatschulen und in englischsprachigen Klassen tummelt. Es sind circa 6 Kinder pro Jahr, welche auf eine Privatschule gehen. Die Ein- und Ausgänge sind in etwa gleich, das haben wir abgeklärt. Der Gemeinderat hat der Schulleitung Primarschule und Kindergarten sowie der Hauptabteilung BEK den Auftrag gegeben, ein halbjährliches Monitoring zu machen aufgrund dieser Schwankungen. Wir sind nahe dran, aber wir können keine absoluten Treffer landen mit den Prognosen. Diese Prognosen von Wüest&Partner entsprechen weitgehend ungefähr den Erwartungen. Eine gewisse Bandbreite ist natürlich möglich, denn sie können nicht sehen, wie viele Leute und wer in diese Neubauten ziehen. Es ist ein Annäherungswert, welcher meines Erachtens nicht schlecht stimmt, wenn man die Prognosen und die Kindergartenstrategie von 2011 genau studiert und verfolgt.

Armin Bieri, VPK-Präsident: Ich berichte auch noch kurz etwas aus der Sicht der VPK. Beim Baurechtszins muss ich Simon Maurer korrigieren. Ich selber habe gesagt, dass wir diese Parzelle im Baurechtszins haben. Jetzt wird sie mit dem Provisorium für eine gewisse Zeit sinnvoll genutzt. Es stimmt nicht, dass dies nicht bekannt war, ich habe dies selber gesagt. Was in der VPK nicht bekannt war und da muss ich den Gemeinderat dementsprechend kritisieren, ist, dass es im Grundbuch als Kindergarten eingetragen ist. Das ist eine Information, von der ich erwartet hätte, dass sie mitgeteilt wird. Ich wusste, dass dort Baurecht ist, das hat die Gemeinde gekauft bzw. bezahlt dafür jährlich ein paar tausend Franken pro Jahr für eine grüne Spielwiese. Das habe ich im 2006 kritisiert, als dies abgelehnt wurde. Dass es im Grundbuch als Kindergarten eingetragen ist, ist für mich auch neu. Zu den kleinen Plänen, was auch Kathrin Gürtler moniert hat, da muss ich ihr Recht geben, da ist Verbesserungspotential vorhanden. Wir hatten in der VPK schöne grosse Pläne, wo dies klar war. Ich sehe nicht ein, weshalb im Bericht des Einwohnerrates dies in Miniatur sein muss. Man kann sich viel ersparen, wenn man es ein bisschen schöner und besser präsentiert. Wir haben das in der VPK gesehen, aber es wäre für alle Mitglieder interessant.

Zu den Rückweisungsanträgen. Ich finde es nicht sinnvoll, dies zurückzuweisen, vor allem den Rückweisungsantrag von Roland Naef kann ich so nicht akzeptieren. Ich finde es in gewissem Sinne arrogant, an dem Tag, wo wir Sitzung haben, diesen Rückweisungsantrag zu schicken. Wir haben die Unterlagen seit 10 Tagen. Wenn dir etwas daran liegt, dann kommt eine Woche vorher dieser Rückweisungsantrag, dann könnten wir uns alle damit beschäftigen. Das ist für mich so nicht akzeptierbar.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte zum Zeitdruck nicht mehr viel sagen, Christoph Benz hat dies bereits gesagt. Seit ich seit letztem Juni hier drin sitze, kommen die grossen Beträge, welche Millionen beinhalten, immer im letzten Moment. Christoph Morat, ich glaube, dass der September nicht unbedingt der wichtigste Abstimmungstag ist, weil im November erfolgt ein weiterer. Ich sehe nicht, weshalb wir jetzt auf Biegen und Brechen CHF 4'000'000 zustimmen sollen. Ich finde das auch ein bisschen krass. Zu Jürg Vogt möchte ich etwas sagen bezüglich Strategiepapier. Ich habe das auch angeschaut, das Strategiepapier ist sehr allgemein gehalten. In einer Firma würde ein solches Strategiepapier in Frage gestellt. Ich weiss, dass man auf einer Gemeinde nicht unbedingt weitere Ausführungen machen kann. Aber man hat nicht dort bereits die Möglichkeit, auf das Kindergartenprojekt einzugehen, weil die Kenntnisse nicht vorhanden waren. Ich persönlich bin nicht der Meinung, dass wir immer auf den letzten Moment ja sagen müssen. Das ist meine persönliche Meinung. Den Baurechtszins bezahlen wir jedes Jahr. Mich würde interessieren, wie viel dies ist pro Jahr und wie viele Jahre dies bereits bezahlt wurde.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ganz kurz zum Zeitdruck. Ich habe vorhin noch vergessen etwas zu sagen. Die Frage war sinngemäss, ob wir eine finanzielle Entschädigung bezahlen, das müssen wir nicht. Wenn wir grob gegen diesen Baurechtsvertrag verstossen, zum Beispiel die Nichtbezahlung des Baurechtszinses, dann gäbe es einen ordentlichen Heimfall. Dann müsste man aushandeln, was das heisst, wenn die römisch-katholische Kirche eine Entschädigung einklagen würde. Das müsste man dann feststellen, wenn sie mit uns das Gespräch sucht. Im Augenblick ist dies nicht der Fall. Wir bezahlen dort einen Baurechtszins von CHF 15'000 im Jahr, erhalten allerdings CHF 10'000 zurück vom Tagesheim. CHF 5000 bleiben übrig für uns. Ich finde das nicht einen allzu schlechten Preis für eine Baulandsicherung bis ins Jahr 2055, wo wir die so lange die Garantie haben, dass wir dort flexibel reagieren können auf zukünftige Aufgaben und Nutzungen, die wir dort lancieren können. Zum Zeitplan: Die Meilensteine finden Sie ganz hinten in der Vorlage auf Seite 11. Dort steht die Genehmigung des Ausführungskredits durch den Einwohnerrat, die Volksabstimmung ist am 22. September, die Baueingabe des Provisoriums ist im Oktober 2013, die Auftragserteilung an Unternehmungen ist Mitte Oktober und wir müssten dann mit den Arbeiten beginnen, also Inbetriebnahme des Containerprovisoriums Januar 2014, und der Baubeginn der Abbrucharbeiten am Kindergarten müsste im Februar stattfinden. So hätten wir genug Zeit, um das Gebäude rechtzeitig zu erstellen, damit wir im August 2015 tatsächlich die drei Kindergartenabteilungen plus den VHPD in Betrieb nehmen können. Das ist ein sehr enges Programm. Wir können nicht mitten im Jahr umziehen, es würde auf Weihnachten fallen. Und wir würden viel Zeit verlieren, in welcher wir die Kinder an einem anderen Ort in ein Provisorium schicken müssten. Es ist eindeutig nachgewiesen, dass es diese Kinder, die dort in den Kindergarten gehen, bereits gibt. Irgendwann müssen wir entscheiden, dass wir diesen nächsten Schritt machen. Aber ein wahnsinniger Zeitdruck ist nicht da. Unsere Kollegen von der VPK haben das angeschaut und geprüft. Wir können den Bericht der VPK und den Bericht des Gemeinderates unterstützen. Das ist eine notwendige Massnahme, und die Gemeinde kann so ihren gesetzlichen Verpflichtungen und Aufgaben nachkommen.

Roland Naef, parteilos: Ob es arrogant ist oder nicht, Pech für euch Räte ist, dass ich halt eine Einzelmaske bin, wieder in einer Partei, aber halt nicht in einer Fraktion. Ich schaue diese Sachen dann an, wann ich Zeit habe, denn ich bin nebenbei selbstständig erwerbend. Jürg Vogt, du musst dich nicht so aufregen. Es geht nicht darum, dass wir jetzt mit einem Rückweisungsantrag alles über den Haufen schmeissen. Es geht darum, dass die Unterlagen, welche mir vorliegen, für mich als Einwohnerrat für die Bewilligung eines Kredits von CHF 4'000'000 nicht akzeptierbar sind, das musst auch du sehen. Zu den Antworten von Christoph Morat. Du gibst viele Antworten, aber das bestätigt mir nochmals, dass diese Unterlagen teilweise unakzeptabel sind. Wenn du sagst, dass es den Einwohnerrat nicht interessiert, wo die Baulinien sind, weshalb bringt ihr denn diese hässlichen kleinen Bilder in dieser Vorlage auf der zweiten Seite? So geht es durch alles durch. Du gibst zwar zu, dass man die Nachbarn nicht mit einbezogen hat. Aber warum macht man das nicht? Wir hätten heute dann viel weniger Probleme. Auch bei der Unterkellerung geht es so weiter. Wenn man diese CHF 290'000 herausnimmt für das Provisorium und die CHF 290'000 einsetzt für die Teilunterkellerung, dann hätten wir gleich viel

Endsumme. Die Termine finde ich am spannendsten. Du sagst, dass wir keinen Termindruck haben. Aber deine letzte Aussage war, dass es verheerend ist, wenn wir heute den Kredit nicht bewilligen. Für mich ist es nicht verheerend. Für mich geht es darum, dass ein Geschäft von CHF 3'000'000 mit diesen Plänen und Unterlagen für mich als Einwohnerrat vom Volk gewählt, auch wenn ich damals auf einer anderen Liste war, nicht akzeptierbar ist. Ich werde an dem Rückweisungsantrag festhalten.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte kurz dem Wunsch Nachdruck verleihen, dass ich in Zukunft gerne doppelt so grosse Pläne hätte. Es braucht dann zwei Blätter Papier anstelle von einem Blatt. Jürg Vogt, du hast mich so streng angeschaut während deinem Votum. Unser Rückweisungsantrag betrifft nur 3b. Das ist eine Änderung, die Strategie war früher, evtl. Schulgässlein, Pestalozzi usw., von Wegmatten hat niemand gesprochen, und dass die Kinder vom Dorf da rüber müssen. Das ist neu, seit wir das letzte Mal Unterlagen hatten. Das ist der Grund für unseren Rückweisungsantrag.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir unterstützen die beiden Rückweisungsanträge. Das meiste wurde bereits gesagt. Wir sind auch sehr gespannt, das andere Projekt zu sehen, welches angeblich CHF 2'000'000 kostet. Wir waren auch überrascht von den relativ hohen Kosten von knapp CHF 4'000'000 für den Dreifachkindergarten. Wir haben in Erfahrung gebracht, dass in Basel-Stadt für einen Kindergartenneubau mit CHF 700'000 gerechnet wird. Das würde in etwa passen zu den CHF 2'000'000. Es verträgt bestimmt den Aufschub von einem Monat, damit wir in Ruhe die Zahlen überprüfen können. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt Stellung zu 3b nehmen, denn dies ist hier noch nicht das Thema.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich wollte es kurz machen, und zwar möchte ich gerne zwei Anträge stellen. Der erste Antrag ist auf Abbruch der Diskussion. Der zweite Antrag ist ein Time-out, damit die Fraktionspräsidenten mit den Antragssteller kurz zusammensitzen können, damit man geordnet in eine Richtung vorgehen kann. Ansonsten haben wir nachher viele Abstimmungen mit Gegenüberstellungen etc. Wenn wir dann noch Probleme mit dem Rechnen und Zählen haben, müssen wir alles wiederholen, und dann sind wir um 21.00 Uhr immer noch daran.

Rolf Adam, Präsident: Herr Spiegel, das ist in meinem Sinne, dass wir dies bündeln, ansonsten werden wir nicht mehr fertig. Wir stimmen über den Antrag auf Abbruch der Diskussion ab.

://:

Der Antrag auf Abbruch der Diskussion wird grossmehrheitlich angenommen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich war bei den Schulhausaufträgen der Meinung, dass ich hier im Einwohnerrat im falschen Film bin, heute habe ich dieses Gefühl nicht mehr so. Ich habe mich für den Einwohnerrat zur Verfügung gestellt, nicht weil ich eine politische Karriere machen möchte und auch nicht, weil ich Freizeitprobleme habe. Ich habe bezüglich Bildung und Schulbau einiges zu bieten. Ich rede nicht aus dem hohlen Bauch, ich war 15 Jahre im Kanton Basel-Stadt leitender Mitarbeiter und ich bin Mitbegründer vom Schweizerischen Netzwerk Bildung und Architektur. Die Unseriosität, ich sage es jetzt deutlich, ansonsten heisst es, man hätte nie etwas gesagt, wie diese Geschäfte behandelt werden, war für mich ein mittlerer Schock. Ich wusste manchmal gar nicht mehr, was sagen. Heute habe ich das Gefühl, dass es aufgedeckt wird. Ein Beispiel von Unseriosität ist zum Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung: „Wenn wir die Klassenzimmer, welche von den Grünen/EVP-Fraktion, aber auch von andern Leuten, die ich gehört habe, kritisiert werden, streichen würden, die 8 Klassenzimmer, dann kämen wir auf rund CHF 1'000'000, welche wir einsparen könnten“. Jetzt rechnen Sie mal. Acht Klassenzimmer, CHF 1'000'000. Das neue Schulhaus hat 32 Klassenzimmer. 4 x 8 ergibt 32, also CHF 4'000'000 könnte man sparen, wenn man keine Klassenzimmer machen würde. Das ist noch schlimmer als das mit den Zahlen heute, die man nicht lesen kann.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte jetzt kurz meine persönliche Meinung kundtun. Ich sehe das Problem, welches der Gemeinderat hat. Das ursprüngliche Projekt, welches mit diesem Baurechtsvertrag angestrebt wurde, genügt den heutigen Bedürfnissen nicht mehr, deshalb wurde es mit der jetzigen Vorlage angepasst. Dafür habe ich volles Verständnis, es ist nicht immer alles derart voraussehbar, sodass alles in Stein gemeisselt ist. Ich persönlich werde gegen diese Rückweisungsanträge stimmen.

Auf der anderen Seite bleibt der Schönheitsfleck mit der dinglichen Verpflichtung im Baurechtsvertrag. Ich meinte, dass dieses Damoklesschwert noch beseitigt werden muss. Darum würde ich dem Gemeinderat beliebt machen, dass er diesen Punkt bereinigt, indem er den Baurechtsvertrag abändert oder wie auch immer. Dieser Punkt muss noch bereinigt werden, damit es juristisch wieder korrekt ist.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich möchte kurz auf die Strategie zurückkommen, welche wir in den letzten Jahren immer wieder aufgezeigt haben. Wir haben im Gemeinderat Woche für Woche Diskussionen, wo es mehr oder weniger Kinder hat. Wir zählen sie fast einzeln, und dass wir nicht nach Hause schauen gehen, ist grad noch alles, aber wir zählen sie einzeln. Wir schauen, wo die Einzugsgebiete sind. Wir schauen bei den Expats, ob es so stimmt, ob es mehr oder weniger hat. Aber diese können wir nicht selber im Griff haben, weil diese gehen und kommen, wie es ihnen passt, und auch die Schulen auswählen, wie es ihnen passt. Die Strategie, welche wir hier verfolgen, ist eine, wo wir die Kinder ganz exakt zählen, immer wieder schauen und anpassen. Dazu gehört, dass es jetzt unverändert geblieben ist, und dass der Dreifachkindergarten Pestalozzi dort am richtigen Ort ist. Wir haben das Schulgässlein aufgegeben, wir haben gesehen, dass es auf der Ziegelei keinen Doppelkindergarten braucht. Wir haben geschaut, dass wir Einmietungen machen können, damit wir flexibel sind an verschiedenen Orten. Trotz allem ist der Standort Pestalozzi mit dem Dreifachkindergarten richtig geblieben bezüglich der Menge der Kinder. Auch wenn wir beim Bruckerhaus einen Doppelkindergarten machen, bräuchten wir beim Pestalozzi trotzdem noch einen Kindergarten. Wir hätten dann zwei Landflächen bebaut, was nicht im Sinne der Gemeinde ist. Ich möchte nochmals ganz klar sagen, dass wir uns bemühen, hier dran zu bleiben und dies exakt zu machen. Wie schnell es gehen muss und dass wir oft unter Druck arbeiten, muss man im Kontext der ganzen Schulhausstrategie sehen. Ich möchte dies nicht nochmals alles aufreihen. Wir müssen die Kindergärten aus den Schulhäusern rausnehmen, es war ein ganzer Rundlauf, dies ist alles in diesen Jahren zusammen gekommen.

Rolf Adam, Präsident: Wir machen jetzt grad 20 Minuten Pause und danach stimmen wir darüber ab.

PAUSE

Rolf Adam, Präsident: Ich fahre weiter, ich hoffe, es konnten sich alle erholen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte nur kurz etwas zu den Zahlen sagen vom Zweifachkindergarten auf dem rückwärtigen Land des Bruckerhauses. Die damalige Zahl nach dem Wettbewerb war CHF 2'200'000 für einen Zweifachkindergarten. Ich glaube, der Bedarf an einem Dreifachkindergarten in diesem Einzugsgebiet ist unbestritten. Der Vorschulheilpädagogische Dienst ist auch unbestritten. Wenn wir die CHF 2'200'000 umrechnen, also geteilt durch 2, dann kostet ein Kindergarten rund CHF 1'100'000. Somit kostet ein Dreifachkindergarten, egal wie oder wo, ungefähr CHF 3'300'000. Wenn man dies mit dem Index von 15 Punkten, genau 14,9 Punkte, vom Jahr 2005 bis 2012 aufrechnet, dann sind wir bei rund CHF 3'800'000, haben aber noch keinen Vorschulheilpädagogischen Dienst untergebracht und das Provisorium von CHF 290'000 ist in dieser Rechnung auch noch nicht drin. Ich bitte Sie, dies bei der Abstimmung zu berücksichtigen. Es kann also keinesfalls um das Geld gehen. Der Bedarf an den Kindergartenplätzen ist unbestritten. Der finanzielle Aspekt wäre damit vielleicht ein bisschen entkräftet, wenn man diese Zahlen mit unseren heutigen Zahlen vergleicht, welche wir heute beschliessen.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung der Anträge, ich erkläre kurz, wie das ablaufen wird. Wir haben den Rückweisungsantrag von Roland Naef. Er geht um die Rückweisung des Geschäfts 4088 A, also nicht 4088 B. Beim Antrag von Kurt Kneier geht es ebenfalls um die Rückweisung des Geschäfts 4088 A.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wir haben doch etwas anderes besprochen. A wird zurückgezogen, und B bleibt bestehen.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Stehenlassen heisst, dass wir das Projekt stehen lassen, 4088A. Ich habe es nicht so verstanden, dass du den Rückweisungsantrag stehenlässt. B ist für mich diskussionslos zurückzuweisen, aber sicher nicht heute zu beschliessen.

Rolf Adam, Präsident: Ich datiere nochmals auf. Wenn wir über 4088A abstimmen und die Rückweisung kommt durch, dann käme automatisch der Antrag von Herr Benz in Kraft und wird beim Geschäft 4088B zur Abstimmung kommen, die Überweisung zur VPK. Ich wiederhole es nochmals. Wir stimmen jetzt über die Rückweisung des Geschäfts 4088 A ab, ob es zurückgewiesen wird oder nicht. Das Geschäft 4088 B steht hier jetzt nicht zur Diskussion. Wir stimmen jetzt über den Rückweisungsantrag des Geschäfts 4088 A ab.

://:

Der Rückweisungsantrag wird mit 14 Ja-, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Kurt Kneier möchte ebenfalls das Geschäft 4088 A zurückweisen, wir stimmen auch darüber ab.

://:

Der Rückweisungsantrag wird mit 12 Ja-, 20 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zu Geschäft 4088 B, Antrag von Christoph Benz, das Geschäft soll zuerst in die VPK überwiesen werden.

://:

Mit 23 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen wird dieser Antrag angenommen.

Wir müssen nun die Beschlüsse des Gemeinderates durchgehen und wir kommen zur Detailberatung.

Armin Bieri, VPK-Präsident: Wir kommen nun tatsächlich noch zum Geschäft selber. Es ist die dritte Kindergartenvorlage, welche wir innerhalb Jahresfrist hatten, das gibt Routine. In der Kommission war es nicht gross bestritten, ausser den Punkten, die ich bereits erwähnt habe. Wir waren auch nicht zufrieden mit den kleinen Plänen, welche auch für euch nicht gut lesbar waren. Wir hatten das in der Kommission in Grossformat. Vielleicht könnte man das hier beim nächsten Mal auch in Grossformat anbringen, dann könnte man dies besser sehen. Die Parzelle Bruckerhaus und Baurechtszins haben wir so besprochen, mit dem Einwand den Kurt Kneier gesagt hat, nämlich dass es diesen Grundbucheintrag gibt. Das haben wir nicht gewusst und ich hätte erwartet, dass wir das mitgeteilt erhalten hätten.

Zum Kindergarten selber war der einzig grössere Diskussionspunkt der Keller. Braucht es einen Keller oder braucht es ihn nicht. Der grössere Teil der Kommission wollte einen Keller, hat aber aus Spargründen darauf verzichtet. Sie können das im Kommissionsbericht lesen, wir haben mit 5 zu 2 Stimmen beschlossen, dies ohne Keller zu empfehlen, wie es der Gemeinderat auch vorschlägt. Das Hauptargument gegen den Keller sind die Sparbemühungen. Man hätte das zwar gern, aber wir leisten uns das jetzt nicht, weil es keinen fixen Auftrag für diesen Keller gibt. Das hat die meiste Zeit in Anspruch genommen. Den Rest sehen Sie in den Anträgen. Wir haben mit 5 zu 2 Stimmen dem Gemeinderatsbeschluss zugestimmt, dass wir die knapp CHF 4'000'000 bewilligen für den Kindergarten mit dem Heilpädagogischen Dienst zusammen. Die Anträge 5.2 und 5.3 empfiehlt die VPK mit 7 zu 0 Stimmen zur Zustimmung.

Rolf Adam, Präsident: Besten Dank, wir kommen zur Detailberatung.

Roland Naef, parteilos: Grundsätzlich bin ich mit allem einverstanden. Wie ich die Vorlage fand, habe ich bereits dokumentiert. Ich komme nochmals mit dem Keller. Ein Haus ohne Keller ist kein Haus. Es wäre schade, wenn wir nicht zumindest die Hälfte des ganzen Gebäudes unterkellern. Ich stelle den Antrag, dass wir zumindest 50% der gesamten Erdgeschossfläche unterkellert.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen grad über diesen Antrag von Roland Naef ab.

://:

Sie haben dem Antrag mit 21 Ja-, 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir kommen zur abschnittsweisen Beratung des Geschäfts.

1. Ausgangslage

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte mein Votum, welches ich beim letzten Kindergarten gesagt habe, nochmals wiederholen. Ich finde grundsätzlich – Strategie sage ich nicht gerne, weil das heisst Kriegskunst – die Planung falsch, die Allschwil hat, mit den Kindergärten Solitaire. Kindergärten der Zukunft gehören in die Primarschulen, als Primarstufe, und Primarschulen gehören ins Quartier.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir fahren weiter mit der abschnittsweisen Beratung.

2. Projektbeschrieb

2.1. Raumprogramm

2.2. Baubeschrieb

2.3 Unterkellerung

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir haben zugestimmt, dass 50% des Grundstücks unterkellert wird. Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob dies bedeutet, dass es auch 50% des Preises bedeutet?

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist die Krux dieser Zahlen. Die Unterkellerung ist inklusive der Mehrwertsteuer gerechnet. Für den ganzen Keller wären dies CHF 473'500. Der Einwohnerrat hat vorher beschlossen, 50% zu unterkellern. Ich gehe davon aus, dass es eine ausgebaute Version ist, so wie wir sie hier beschrieben haben unter Punkt 2.3. Somit würde ich sagen, dass 50% des Preises reichen werden. Wahrscheinlich wird es ein bisschen grösser. Ich schätze von der Bausumme CHF 473'500 nicht ganz die Hälfte, ich würde 60% dieser Bausumme nehmen. Gewisse Arbeiten stehen sowieso zur Diskussion und man kann dies nicht zum genau gleichen Preis machen.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Jetzt habe ich vorhin gestaunt, wie schnell wir eine Unterkellerung durchwinken können, das war im Dezember ganz anders. Ich fand dieses Mal, dass es nur ein Kindergarten und kein Tageskindergarten ist. Die Kinder sind weniger dort, also braucht es eher keinen Keller. Ich habe vergessen etwas zu sagen, deshalb ist es ein Nachtrag. Wir haben jetzt zwei Kindergärten auf diesem Areal, nachher sind es dreieinhalb. Das sind 75% mehr Kinder. Lässt euch das einmal auf der Zunge zergehen. Es ist ein toller Ort, sie haben Licht und Platz, aber es werden viel mehr Kinder dort herumspringen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Die Summe von 60% der CHF 473'000 ist ungefähr CHF 284'000, welche der Einwohnerrat zusätzlich zur Summe im Antrag hinten beschlossen hat.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir fahren weiter mit der Detailberatung.

3. Finanzielles

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, dass wir daran sind, unsere Kindergärten zu vergolden. Wir sind jetzt bei CHF 4'200'000 bei einem Dreifachkindergarten,

das Doppelte davon, was Basel-Stadt rechnet. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn uns einmal das Geld ausgeht, wenn wir es so grosszügig ausgeben. Dies möchte ich einfach mal in Erinnerung rufen.

Roland Naef, parteilos: Ich habe noch etwas übersehen. Bei Minergie P darf man die Fenster nicht öffnen. Das heisst, dass im Kindergarten, im Obergeschoss und im Untergeschoss, sämtliche Fenster – ich bin nicht ganz sicher, ob es so ist – nicht geöffnet werden dürfen. Wenn man Minergie P macht, dann müssen wir uns bewusst sein, dass es gewisse Einschränkungen gibt. Ob dies bei einem Kindergarten Sinn macht, dass man die Fenster nicht öffnen kann, weiss ich nicht. Da könnte man jetzt wieder sparen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Bei Minergie P kann man selbstverständlich Griffe an die Fenster machen. Es braucht technische Einrichtungen, damit dann die Lüftung ausschalten muss, wenn zu viel Fremdluft dazu kommt. Wir reden hier nicht von einer Klimaanlage, das wird gerne verwechselt. Selbstverständlich ist es möglich, an einzelnen Fenstern oder an grösseren Fenstern etwas zu integrieren, wo man Frischluft hereinlassen kann, auch bei Minergie P.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir fahren fort mit der Detailberatung.

3. Finanzielle

4. Projektverlauf / Termine

5. Anträge

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

5.1 Für den Bau eines Dreifachkindergartens „Pestalozzi“ inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst am Pestalozzigässli wird ein Ausführungskredit von CHF 3'937'000 inkl. MWST bewilligt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Dazu kämen jetzt eben noch die CHF 280'000 für den Keller noch dazu, das müsste man in den Beschluss mit reinnehmen.

Rolf Adam, Präsident: Ich verlese den Antrag nochmals.

5.1 Für den Bau eines Dreifachkindergartens „Pestalozzi“ inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst am Pestalozzigässli wird ein Ausführungskredit von CHF 3'937'000 inkl. MWST bewilligt, plus CHF 280'000 für die Unterkellerung.

:::

Dieser Antrag wird mit 30 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

5.2 Von der Kostengenauigkeit von plus/minus 5% wird Kenntnis genommen.

:::

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

5.3 Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2012 = 126.5 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird genehmigt.

:::

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3b

Bericht des Gemeinderates vom 30.04.2013, betreffend Dreifachkindergarten „Pestalozzi“ inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst (VHPD); Standortwechsel Provisorium (Kindergartenstrategie) Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4088B

[Der Antrag von Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion, auf Verschiebung sowie Vorbereitung der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, wird mit 23 Ja : 9 Nein bei 5 Enthaltungen angenommen]

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 30.04.2013, betreffend Grobkonzept Kostenrechnung Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3895C

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Hinter mir hat es eine Uhr. Rolf hat ein Ziel, nämlich fertig zu werden. Das nächste Traktandum und das Grobkonzept Kostenrechnung wäre Toni Lauber Vertretung. Das andere, welches Robi Vogt vertritt, müsste schneller sein. Ich stelle den Antrag, dass wir Traktandum 5 und 6 machen, und wenn wir noch mögen, Traktandum 4 nachher. Robi ist da. Wenn es für den Gemeinderat stimmt und für euch auch, dann können wir eventuell Rolf eine Freude machen und Traktandum 6 heute Abend durchbringen.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag ab, es braucht eine Zweidrittelsmehrheit.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir kommen direkt zu Traktandum 5.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 10.04.2013, betreffend Volksinitiative zur Verminderung von Lichtverschmutzung in Allschwil (Lichtsmog) Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4113

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie Sie aus unserem Bericht entnehmen können, ist der Gemeinderat der Meinung, dass es in Zukunft ein Problem wird, dass die Lichtverschmutzung an Bedeutung zunimmt. Wir sind deswegen der Meinung, dass die Initiative zur richtigen Zeit kommt. Auch der Kanton ist in der Vorbereitung von Gesetzesgrundlagen. Deswegen möchte ich noch ein bisschen Zeit schinden. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die nicht formulierte Initiative für gültig erklärt werden kann, mit

gutem Gewissen, und dass wir dieser auch Folge leisten sollen. In diesem Sinn möchte ich dies Ihnen wohlwollend vorschlagen.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung. Wenn es keine Voten gibt, gehen wir durch die abschnittsweise Beratung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

Armin Bieri, SP-Fraktion: Ich möchte kurz erwähnen, dass es uns freut, dass dies angenommen wird. Es ist eine Initiative, welche wir eingebracht haben. Das wird geflissentlich nicht erwähnt, und ich hole dies hier nach.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir fahren weiter mit der abschnittswisen Beratung.

2. Grundlegendes zum Thema Lichtverschmutzung

3. Gesetzliche Grundlagen

4. Rechtsvergleich

5. Erwägungen des Gemeinderates

6. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zum Antrag.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat über die nichtformulierte Volksinitiative „zur Verminderung von Lichtverschmutzung in Allschwil“ wie folgt zu beschliessen:

1. Die nichtformulierte Volksinitiative zur Verminderung von Lichtverschmutzung in Allschwil (Lichtsmog) wird für gültig erklärt.

:::

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Der nichtformulierten Volksinitiative zur Verminderung von Lichtverschmutzung in Allschwil (Lichtsmog) wird Folge geleistet.

:::

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

:::

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich möchte kurz Robi Vogt eine Antwort geben, es geht um die Reglementscommission. Wir haben jetzt viel zu tun, es kommt sicher erst nach dem Geschäft mit dem Einwohnerratsreglement. Das Thema Zeit schinden hast du gewonnen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 17.04.2013, betreffend
Neuer Konzessionsvertrag betreffend der Gasversorgung durch die IWB
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4134

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Vertrag, den wir bereits haben über Konzessionsabgaben mit der IWB, liegt bereits einige Jahre zurück. Wie Sie aus unserem Bericht gesehen haben, ist diese Abgabe jedes Jahr grossen Schwankungen unterlegen. Im neuen Vertrag, das kann ich Ihnen versichern, werden die Schwankungen abgedeckt, da wir die Absatzgrösse als Grundlage für die Bemessung der Konzessionsabgaben nehmen. Das macht insofern Sinn, da dies einigermaßen konstant bleibt über die Jahre. Aus diesem Grund schlägt Ihnen der Gemeinderat vor, diesem Konzessionsvertrag zuzustimmen, damit wir in Zukunft sichere jährliche Einnahmen generieren können.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Detailberatung. Wenn es keine Wortmeldungen gibt, dann folgt die abschnittsweise Beratung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir kommen zur Detailberatung.

1. Ausgangslage

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine Frage bezüglich der Schwankungen. Weshalb kommt man von CHF 400'000 auf CHF 18'000 und dann wieder auf CHF 260'000?

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke für die Frage. Das hat sich bemessen nach dem Gewinn, welcher der IWB nach dem Geschäftsjahr übrig bleibt. Der Gewinn schwankt von Natur aus sehr stark. Es kann in einem Jahr sogar einen Verlust geben, aufgrund von zum Beispiel Bautätigkeiten, wenn sie grosse Abschreibungen machen muss. So kommt es zu einem Verlust und damit nimmt unsere Konzessionsabgabe massiv ab. Im Mittel ergibt sich im Übrigen ein ähnlicher Betrag, wie wir ihn ausgehandelt haben. Wichtig ist, dass er über die Jahre konstant bleiben wird, das ist der eigentliche Vorteil.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir fahren weiter.

2. Erwägungen des Gemeinderates

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Die GLP/BDP-Fraktion hat zu Abschnitt 2 zwei Fragen. Bei den CHF 189'000, die es gäbe gemäss Zahlen 2011 gibt, haben wir uns gefragt, ob dies ein typisches Jahr ist und ob wir immer mit CHF 189'000 rechnen können, das wäre wichtig zu wissen. Die zweite Frage: Es ist aufgelistet, dass es nach dem gleichen Mechanismus erfolgt wie in der Stadt Basel. Da ist nicht ganz klar, ob auch die Entschädigung in der gleichen Höhe wie die Stadt Basel ist.

Robert Vogt, Gemeinderat: Sie sehen das in Abschnitt 1, dort ist erwähnt, dass die Abgabe exakt 0,15 Rappen pro Kilowattstunde abgesetzte Gasmenge beträgt. Weil dies von der IWB jährlich ausgewiesen wird und dies zwar im Wachstum begriffen ist, aber einigermaßen stabil bleibt, können Sie davon ausgehen, dass es bei CHF 189'000 anfängt und dann moderat jedes Jahr ein bisschen zunehmen wird, entsprechend dem Gasverbrauch. Die zweite Frage war der Vergleich zu Basel-Stadt. Ich kenne den Abgabesatz dort nicht, aber ich gehe davon aus, dass er auf dem gleichen Niveau bemessen wird. Man geht davon aus, dass die 0,15 Rappen effektiv der Abgeltung des genutzten Landes entspricht, welches sie in der Gemeinde beanspruchen.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Nur ganz kurz. Die 0,15 Rappen haben wir verstanden. Meine Frage war, ob der Gasverbrauch typisch ist für Allschwil. Es ist klar, dass die Rappen gleich bleiben.

Robert Vogt, Gemeinderat: Die Gasmenge wird von den privaten Konsumenten verbraucht in Allschwil. Dies wird über das ganze Gemeindegebiet gemessen. Wie Sie sich vorstellen können, ist der Heiz- und Warmwasserverbrauch jedes Jahr in etwa gleich hoch. Es gibt strengere und weniger strengere Winter, aber ungefähr ist das Niveau konstant. Das heisst, dass die Abgaben einigermassen konstant bleiben werden, mit Sicherheit viel konstanter als es der Gewinn der IWB ist.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident:

3. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen ab.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Dem neuen Konzessionsvertrag betreffend der Gasversorgung der Gemeinde durch die IWB Industriellen Werke Basel wird zugestimmt.

://

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschossen.

Bevor wir auf der Traktandenliste fortfahren, möchte ich das Infofenster des Gemeinderates einfügen.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich versuche es kurz zu machen. Eine Information betrifft die Kinder, welche letztes Jahr und vorletztes Jahr nach Binningen und Oberwil verschoben wurden. Letztes Jahr haben wir am 22. Mai von Ihnen ein Postulat erhalten, dass wir den Kindern anteilmässig etwas an das U-Abo und an das Essen bezahlen. Dies wurde im September im Einwohnerrat behandelt und es wurde ja dazu gesagt. Die Kinder bzw. die Eltern haben in diesem Jahr je CHF 1000 erhalten. Ich möchte klarstellen, dass wir gesagt haben, dass die Kostenbeteiligung befristet ist, 2012 – 2013. Das weitere Vorgehen betreffend Kostenbeteiligung wird nach der Volksabstimmung der Zwangsverschiebungsinitiative im Gemeinderat neu beraten. Die Abstimmung der Volksinitiative war am 25. November 2012. Die Initiative wurde abgelehnt. Wir haben das im Gemeinderat dementsprechend nochmals beraten. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir keine weiteren Zahlungen leisten werden, obwohl es uns immer noch leid tut für die Kinder, die dort sind. Ich habe gehört, dass es ihnen gut geht. Dieses Jahr gab es keine Kinder. Wir haben immer gesagt, dass wir unseren Beschluss auf die Volksabstimmung anlehnen werden.

Christoph Morat, Gemeinderat: Auch ich habe eine kleine Information. Es geht um die Tagesschule. Die Tagesschule in Allschwil ist ein Erfolgsmodell. Sie ist so erfolgreich, dass mittlerweile der Keller der TUK nicht mehr reicht, um alle Kinder zu beherbergen. Der Gemeinderat musste sich damit auseinandersetzen, wo allenfalls geeignete Orte sind, um die Kinder zu betreuen. Wir kommen mit einer Sondervorlage bei Ihnen vorbei und schauen, ob wir das Geld erhalten für einen Ausbau. Wir haben am Hegenheimermattweg 66 eine Liegenschaft, wo Familie Gürtler gewohnt und ihre Schreinerei betrieben haben, das ist gerade neben dem Jugend- und Freizeithaus. Der Gemeinderat findet das einen guten Platz, um dort die Älteren dieser Kinder jeweils über Mittag zu betreuen. So können auch Synergien genutzt werden mit dem Robinsonspielplatz und dem Jugendfreizeithaus. Wir werden mit einer entsprechenden Vorlage in der Juni- oder in der Septembersitzung kommen.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Infos des Gemeinderates? Das ist nicht der Fall. Bevor ich die Sitzung schliesse, möchte ich gerne Georg Schmid verabschieden. Er wechselt den Kanton. Herzlichen Dank für die Berichterstattungen, welche Sie immer gemacht haben, das war super. Wir wünschen Ihnen alles Gute. Und Ihnen wünsche ich einen schönen Abend.

ENDE